

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: Bei Abnahme im Voraus 1 Mark, monatlich 3 Mark, vierteljährlich 10 Mark, jährlich 36 Mark. Einzelnummern 10 Pfennig. Die Abnahme muss durch einen Brief oder eine Kasse besorgt werden. Die Redaktion ist für die Abnahme nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Abnahme nicht verantwortlich.

Abonnementpreise: Die 8-spaltige Raumseite 20 Mark, die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die 4-spaltige Raumseite im letzten Teil 1 Reichsmark. Nachverlangungsbücher: 20 Reichsmark. Druck- und Verlagskosten werden nach Möglichkeit fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weitz, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 156. — 87. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Freitag, den 6. Juli 1928

## „Beamtenfnigge.“

Der neue Reichsarbeitsminister hat einen Erlaß an die Beamten herausgegeben. Das würde in der Hauptsache nur diese Beamten interessieren, wenn dieser Erlaß nicht eine Angelegenheit betreffen würde, an der viel weitere Kreise großes Interesse hätten. Diese Kreise sind nämlich — das „Publikum“, weil der Erlaß eine Art „Beamtenfnigge“ darstellt. Den Umgang der Behörden mit Menschen“ behandelt. Und diese „Menschen“ werden „behördlicherseits“ als „Publikum“ zu einem Begriff und — bisweilen — zu einer sehr unangenehmen Erscheinung gemacht.

Friedrich der Große hat einmal gesagt, er fühle sich als erster Diener des Staates. Man könnte dieses Wort variieren und — als „Publikum“ — in den Mund umstellen, daß jeder Beamte sich als Diener dieses Publikums fühlen sollte. Daß alle Beamten, gleichgültig, ob hoch oder niedrig, ihren alleinigen Daseinszweck darin erblicken, Diener zum Wohle aller zu sein. Daß sie immer daran denken — und demgemäß auch danach handeln —, für die anderen, für alle Staatsbürger da zu sein und zu arbeiten.

„Nur nichts mit den Behörden zu tun haben“ — dieses Wort hört man auch heute noch sehr oft. Möge es bald verschwinden! Der Beamte ist Repräsentant der Staatsmacht und Staatsgewalt, in ihm verkörpert sich die Rechte des Staates, durch seinen Mund oder durch seine Feder treten die Forderungen des Staates an seine Bürger heran. Unerbittliche, teilweise auch unangenehme Forderungen, denen man achzend und seufzend nachzukommen hat. Ganz unseelisch aber wird es, wenn diese Forderungen noch in einer Art und Form gestellt werden, die den nichtbeamteten Staatsbürger sozusagen als „Objekt der Regierung“ behandeln.

„Hilfsbereites Eingehen auf Fragen und Wünsche fördert die Sache“, heißt es in dem Erlaß — aber ein Erlaß bleibt nur auf dem Papier stehen, wenn der Beamte sich nicht als Diener des Publikums fühlt. Und das Publikum nicht schließlich zur Behörde geht in dem Bewußtsein, dort gerne und willig Rat, Hilfe und Unterstützung zu finden. Erstreckt man sich nicht auf diese Bereitwilligkeit, dieses Entgegenkommen, dieses „Dienen dem Publikum gegenüber“ sich in unserer Behördenorganisation schon weitgehend durchgeführt hat, aber — der Beamte ist schließlich auch bloß ein Mensch. Seine Tätigkeit ist Menschenwert mit allen Fehlern und Mängeln. Wen aber die Sorge drückt, wer um sein Dasein ringt, verläßt im Verkehr mit den Behörden vielleicht hier und da einmal, daß seine Sorge, sein Einzelschicksal nicht allein Gegenstand behördlicher Bearbeitung ist, sondern, daß viele, viele andere in der gleichen Lage sind. Dann kommt es zu Zusammenstößen, erregten Szenen, Schreihandlungen — auf beiden Seiten. Und wenn erst der „Kraach“ da ist, dann schadet es auch wieder beiden Seiten.

Eigentlich brauchte der „Beamtenfnigge“ nur den einen Satz zu enthalten, daß nämlich der Beamte mit dem Publikum so verkehrt, wie es auch sonst im Leben selbstverständlich ist. Dem Fragenden und Ratsuchenden so gegenübertritt, wie er wünscht, selbst als Fragender oder als Ratsuchender, als Wünschender, und Entscheidungsführender behandelt zu werden. Dann würde unangenehme Kräfte und Schrottschneiderei vermieden werden. „Hilfsbereites“ Verhalten dessen, der an den Schreibtisch des Beamten herantritt, ist eine Selbstverständlichkeit, die nur den Nachteil hat, im Massenbetrieb heutiger Behördenarbeit oft unbeachtet zu bleiben. Obwohl es sich gar häufig dabei um Schriftsachenhandlungen handelt.

Auch auf den Schriftverkehr“ geht der Erlaß des Reichsarbeitsministers ein. „Nichts erbittert mehr als launige Warten auf Entscheidung, besonders auf fällige Antworten.“ Davon können viele, viele ein lautes Mägenknurren hören — aber der objektiv Urteilende wird nicht verärgert, wenn unangenehmer Umstand die Behördenarbeit von heute angenommen hat. Daß sie nämlich höher ankommt. Die Beamten selbst sind daran nicht schuld oder nur zu geringem Teil und mancher von ihnen mag darüber haben, daß allzuviel „regiert“ wird, die Behörden ihre Hände in all und jedem haben müssen, die Arbeit insorgelassen kaum zu bewältigen ist. Eine wirkliche Reform sollte hier den Hebel ansetzen und z. B. einmal sämtliche Vollzugsanordnungen auf ihre heutige Zweckmäßigkeit und Entbehrlichkeit prüfen, wie das zurzeit in Berlin geschieht. Dann wird sich vieles, vieles ändern. Wird das endlose und maßlose Schreibwerk wirklich und nicht bloß „auf Grund einer behördlichen Verordnung“ mindern.

## Der italienische Ozeanflug geglückt

New York, 5. Juli. Das vom italienischen Flughafen Monte Celio vorgesehene abgelegene Flugzeug S 64 mit dem Führer Bertarini Desprete ist nach Meldungen der Associated Press aus Rio de Janeiro an der brasilianischen Küste eingetroffen und liegt in Richtung auf Rio de Janeiro weiter.

New York, 5. Juli. Das italienische Flugzeug S 64 ist am 7 Uhr 50 Minuten abends auf dem Strande bei Natal (Brasilien) glücklich gelandet.

## Billigung der Regierungserklärung

261 Stimmen für Kabinett Müller.

Deutscher Reichstag.

(6. Sitzung.)

OB. Berlin, 5. Juli.

Präsident Lobe teilte mit, daß weitere Reichstagsausschüsse für die Liquidations- und Verdrängungssachen, für die belegten Gebiete und für die Offiziere eingeleitet werden sollen. Ferner hat der Reichstag beschlossen, alle zur politischen Aussprache gestellten Anträge, auch den nationalsozialistischen Vertrauensantrag für zulässig zu erklären, worüber man am Vortage noch zweifelhaft war. In Fortsetzung der politischen Aussprache nahm dann sofort

### Reichskanzler Müller

das Wort. Er erklärte, er hätte, als er die Geschäfte der Reichskanzlei übernommen habe, seinem Vorgänger den Dank dafür ausgesprochen, daß er zu wiederholten Malen mit Einsatz aller Kräfte die Regierungsgeschäfte geführt habe. Er wiederhole hier diesen Dank nochmals, wisse aber nicht, ob es notwendig sei, einen Brauch, der in parlamentarisch regierten Ländern nicht üblich sei, anzuerkennen. Dann sei das Wort national in der Regierungserklärung vermischt worden. Erlens sei tatsächlich von der Förderung nationaler Interessen die Rede und zweifellos diene die Erklärung der Reichsregierung der Förderung der Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft. Das Wort deutsch müsse genügen und bedürfe nicht der Unterstreichung durch national. In den Anträgen des Abg. Schulz auf eine

### Zusammenlegung von Ministerien

erklärte der Kanzler, es werde geprüft werden, was auf diesem Gebiete geschehen könne. Es liege nicht im Interesse des Landes, so früh der Kanzler fort, wenn es so dargestellt werde, als wäre die Weimarer Verfassung etwas total Verfallenes gewesen. Das deutsche Volk hätte unter dieser Verfassung alle Vorteile von rechts und links niedergelassen, es hätte die Vorteile der Föderation im Reich abgelehnt und die Zentralisation übernommen. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Verfassung habe sich so bewährt, daß sie nicht so schlecht sein könne, wie sie oft gemacht werde. In seiner augenblicklichen Kritik, so fuhr der Kanzler fort, habe Graf Helldorf eine klare Stellungnahme zu dem Programm vernimmt, daß er als

### Kritik des Vocarnopolitik

bezeichnet. Es handele sich dabei um nichts anderes als um Klärung der besetzten Gebiete und hier habe die Regierungserklärung klar und unmissverständlich den deutschen Standpunkt klargelegt. Auch die von drei Seiten gemachten Vorwürfe, in das Rheinlandprogramm einmischend, seien in nicht missverständlicher Weise zurückgewiesen worden. Er müßte auch den Vorwurf zurückweisen, als sei man anfänglich der Behandlung der Vorfälle ausweichen. Es sei bestimmt betont worden, daß der bisherige Kurs in der Außenpolitik weiterverfolgt würde. Es bedürfe deshalb kein Grund, anzunehmen, daß in der

### Frage des Orlonarnos

der bisherige Standpunkt verlassen werde. Der oberste Reichsgerichtshof werde die Regierung sich selbstverständlich mit großem Interesse annehmen. Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag werde das Kabinett in der nächsten Woche unter Hinzuziehung der bisherigen Unterhändler Stellung nehmen. Bezüglich des

### Banzerkreuzers A

verließ der Kanzler auf die von der vorigen Regierung abgeleitete Reichstagsentscheidung, wonach vor dem 1. September nochmals geprüft werden soll, ob nicht wegen mangelnden Gleichgewichts im Haushalt eine Einschränkung der Ausgaben notwendig sei und der Weiterbau des Banzerkreuzers vorläufig einstellt werden müsse. Die Entscheidung läge also bei der Reichsregierung und der Reichsminister werde sich wegen Prüfung der Kostenfrage rechtzeitig mit dem Finanzminister in Verbindung setzen. Daß die Einbringung eines Schulgesetzes nicht so einfach sei, hätte das Außenministerium der letzten Reichsregierung bewiesen. Es bedürfe keine Zweifel, daß jede Reichsregierung gewillt sein müsse, ein der Verfassung entsprechendes

### Schulgesetz

vorzulegen. Aber Einzelheiten können erst gesprochen werden, wenn die notwendigen Vorarbeiten geprüll seien. Der Kanzler erklärte zum Schluß, die Regierung sei für jede sachliche Kritik dankbar. Sie bitte, ihr genügend Zeit zu geben um an die Verwirklichung der in der Regierungserklärung formulierten Aufgaben heranzugehen. Sie werde das tun in dem Bewußtsein, ihre ganze Kraft einsetzen zu müssen für das Wohl des deutschen Volkes.

Abg. Dr. Obersjöhren (Dn.) erklärte, von allen Verlegenheiten, die in der Regierungserklärung vorhanden gewesen seien sei die größte wohl die gewesen, daß der Reichskanzler behauptet habe, diese Regierung stände nunmehr auf festem Grunde. Der Redner besprach dann Steuerfragen und warnte vor Steuererhöhungen, die meist große Gefahren für den Staatshaushalt zur Folge hätten. Eine Sanierung der deutschen Finanzverhältnisse sei nicht eher möglich, als bis nicht das Mißverhältnis aus der Welt geschafft werde, daß diejenigen, die Steuern beschließen, sie nicht zu bezahlen brauchen. Die

### Steuerbelastung der mittleren Volksschichten

sei allerdings zu einer Gefährdung der deutschen Kultur geworden. Der Redner forderte, daß vor allem mit dem Sozialismus endlich Schluss gemacht werde. Der internationalen Solidarität stelle die deutschnationale Volkspartei die Idee der Volksgemeinschaft entgegen, die von hellem Freiheitsdrang und heiserer Freiheitsliebe erfüllt sei und die Eigenwirtschaft des Volkes sichern wolle.

### Finanzminister Dr. Hülferding

wandte sich dann gegen die deutschnationale Behauptung, daß Helfferich die deutsche Währung gemacht habe. Aus politischen Gründen, um die Unterstützung der Landwirtschaft und auch der deutschnationalen Partei zu erhalten, hätte er sich damals auf Kompromisse mit Helfferich eingelassen. Er hätte aber das Projekt Helfferich grundlegend geändert und insbesondere den gefährlichen Gedanken der Anknüpfung des Geldwerts an den Rohmetallwert beseitigt. Die Stabilisierung hätte erst vorgenommen werden können, nachdem die Ruhrfrage schon vermindert und dann völlig eingestrichelt worden seien. Während der Rede des Ministers machten die Kommunisten

wiederholt lärmische Zwischenrufe, die den Präsidenten Lobe zu zahlreichen Ordnungsrufen an kommunistische Abgeordnete veranlaßten.

Abg. Straßer (Nat.-Soz.) nannte den 22. Juni den Schicksalstag des deutschen Volkes. Am selben Tage sei der Nord von Terajewo geschehen, hätte Reichskanzler Müller das Todesurteil Deutschlands unterschrieben und am gleichen Tage sei er wieder Reichskanzler geworden. In der Regierungserklärung hätte man nichts weiter gehört, als daß sich die Regierung für

### Verbrecher, Wörder und Lumpen

einsetzen wolle durch Aufhebung der Todesstrafe und daß sie das deutsche Volk herausfordern wolle, um den Tag, an dem die Varmat-Republik geboren wurde, zu feiern. (Präsident Lobe erklärte, für die Bezeichnung „Varmat-Republik“ erziele er dem Redner einen Ordnungsruf.) Der Redner begründete dann die Einbringung des Vertrauensvotums für das Kabinett. Als er den Reichsfinanzminister einen in Ostgalizien geborenen neapolitanischen Juden nannte, erhob sich bei den Sozialdemokraten ein Entrüstungsruf.

Präsident Lobe erklärte, daß es sich hier um eine ungewöhnliche Beschimpfung eines Kabinettsmitgliedes handle, infolgedessen er den Abg. Straßer von der Sitzung ausschleife. Unter allgemeiner Unruhe verließ der Abgeordnete den Sitzungssaal.

Abg. Alpers (Deutsch-Bann.) wandte sich gegen die Zentralisierungsbestrebungen im Reich und gegen die preussische Deemonte. Abg. Hilferding (Deutsche Bauernpartei) sagte Unterstützung der Regierung bei allen Maßnahmen zu, die zugunsten des Bauernstandes getroffen werden sollten.

Abg. von Lindener-Wildau (Dn.) erklärte, es sei seiner Fraktion insofern Beschränkung der Redezeit nicht mehr möglich, auf die Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Hülferding einzugehen. Damit schloß die Aussprache.

### Die Abstimmung.

Zur Abstimmung lagen der kommunistische und der deutschnationale Vertrauensantrag, der Billigungsantrag der Regierungsparteien und der nationalsozialistische Vertrauensantrag vor. Über die Reihenfolge der Abstimmung entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, wobei Präsident Lobe erklärte, daß er die Entscheidung darüber, ob zunächst über den Vertrauens- oder den Billigungsantrag abgestimmt sei, dem Hause überlasse.

Abg. von Lindener-Wildau (Dn.) stimmte der Forderung der Nationalsozialisten, über den Vertrauensantrag zuerst abzustimmen, zu. Von den Nationalsozialisten wurde schließlich namentliche Abstimmung über die Frage der Reihenfolge beantragt. Dieser Antrag wurde auch von den deutschnationalen unterstützt. In dieser namentlichen Abstimmung stimmten Nationalsozialisten, deutschnationale und Kommunisten für die Priorität des nationalsozialistischen Antrages. Die Wirtschaftspartei enthielt sich der Stimme. Der Antrag wurde schließlich mit 266 gegen 131 Stimmen bei 24 Enthaltungen abgelehnt.

### Annahme des Billigungsantrages.

Der Billigungsantrag der Regierungsparteien, der lautete: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und geht über alle anderen Anträge zur Tagesordnung über, wurde mit 261 gegen 134 Stimmen bei 23 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Kommunisten, die deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Christlich-nationalen Bauern. Die Wirtschaftspartei und einige kleine Gruppen hatten sich der Stimme enthalten.

Damit waren die Vertrauensanträge und der Vertrauensantrag der Nationalsozialisten erledigt. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag Dr. Hülferding (Nat.-Soz.) angenommen, der die Reichsregierung ersucht, die gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland im Sinne und mit dem Willen des Reichstages einer deutschen und deutsch-österreichischen Zoll- und Wirtschaftsunion zu führen.

Das Haus vertagte sich darauf auf Dienstag.

## Gegen Polens Entdeuschungspolitik.

Beschlüsse des Ostmarkenvereins.

Die Vertreterversammlung des Landesverbandes Ostmarken-Polen-Westpreußen des Deutschen Ostmarkenvereins hat eine Entschließung gefaßt, die auch dem Reichskanzler Hermann Müller zugeleitet worden ist, in der es heißt, daß der Landesverband nach wie vor für die Wiedererwinnung der germanischen Gebiete eintreten werde. Es gehe nicht an, daß das Land, das durch deutsche Arbeit zu einer Kulturböhe gebracht worden sei, die ihre gleichen suche, und das von Urbesitz an von Deutschen besiedelt und nur zweimal vorübergehend in polnischer Hand gewesen sei, vom Mutterlande getrennt bleibe. Durch die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Danzig werde es dem polnischen Staat bald gelingen, das Deutschum auszurotten. Die Landesabteilung des Deutschen Ostmarkenvereins wendet sich mit aller Schärfe gegen Maßnahmen Polens wie die Verkürzung des Bromberger Bismarck-Denkmal. Reichspräsident